

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden, Neustadt.  
Verleger: Carl Neubauer.  
Telefon: 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Mai 1924 bei täglich einmaliger Zustellung frei Haus 1,20 Goldmark.  
Postbezugpreis für Monat Mai 2,50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet, die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für zweiwöchige 25 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 40 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Oberleitungsgröße 10 Pfg., usw., Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Marienstraße 35/40.  
Druck u. Verlag von Otfried & Neichardt in Dresden.  
Telefon: 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beschrifteter Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Poincaré zieht die Bilanz seiner Regierung.

### Bedeutungsvolle Besprechungen zwischen Lord Haldane und Sthamer.

Die Befahungsbehörde droht bei Fortdauer des Ruhrstreiks Beschlagnahme der Gas- und Elektrizitätswerke an.

#### Beginnende Opposition des bloc national.

Die Verteidigung des scheidenden Kabinetts.  
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Paris, 26. Mai. Während Poincaré in seiner gestrigen und vorgestrigen Rede bei der Einweihung des Denkmals für Sardon und bei der 50-Jahr-Feier der Mathematischen Gesellschaft sich jeder näheren Angabe über die politischen Fragen enthielt, wird er heute in Bar le Duc vor dem Generalkonvent des Departements Neuve eine Art Bilanz der französischen Wahlen ziehen und, wie ein Pariser Morgenblatt sich ausdrückt, ihre Moral darlegen. Marcel Hutin glaubt eine Inhaltsangabe von Poincarés Darlegungen im „Echo de Paris“ veröffentlichen zu können. Danach wird die Rede eine Verteidigung der scheidenden Regierung und Ratsschläge an die kommende geben und in vier Teile zerfallen.

1. Der Misserfolg der Regierung bei den Wahlen kommt von den sehr schlechtesten Wahlergebnissen. Daher hätten die Wahlen keine wirklich proportionelle Verteilung der Wähler ergeben, denn die zusammengepackte Koalition war nur durch die Art der Abstimmung möglich und sogar begründet.

2. Die scheidende Regierung kann stolz auf ihre Leistungen sein. Die Finanzen des Landes haben sich trotz des Rechtszählens Deutschlands gebessert. Die durch die Annahme der Steuererfolge angewandte Steuerreform hat die Durchführung der Wiederanbaupolitik gesichert.

3. Die Ruhrpolitik ist durch die Sachverständigenberichte gerechtfertigt und im Begriff, auf Grund eines internationalen Abkommens vollen Erfolg zu heizen.

4. In Bezug auf die neue Regierung werde Poincaré mit Nachdruck erklären, daß zwischen den Sozialistenschradialen und den Sozialisten, ganz abgesehen von den Kommunisten, keine dauernde Zusammenarbeit möglich sei. Weder Sozialisten noch Kommunisten wollen den Vorschlag des Kriegsministeriums annehmen. Aber gemäß dem Willen des Landes, wie ihn die Wahlen zeigten, werden sich die Republikaner aller Parteien außer den Gegnern jener Aufgabe zusammenfinden müssen.

Zu dem dritten Abschnitt glaubt Marcel Hutin noch mitteilen zu können, daß maßgebende Persönlichkeiten eine Einigung zwischen Poincaré und Macdonald, wenn sie sich in Chequer getroffen hätten, über die Ruhrpolitik und über die Reparationen für sicher gehalten hätten.

Diese Voranzeige von Poincarés Rede im „Echo de Paris“ ist als eines der Wandlungen des früheren bloc national zur Vorbereitung seiner Oppositionspolitik zu bewerten.

#### Die Bedingungen des bloc national für eine Unterstützung Ferris.

Genf, 26. Mai. Der bloc national der französischen Kammer hielt vorgestern eine Sitzung ab. Er hat dem „Journal“ zufolge beschlossen, seine Unterstützung eines radikalen Kabinetts Ferris von der vorherigen Zusicherung Ferris, die wirtschaftliche Reparationspolitik Poincarés fortzusetzen, abhängig zu machen. Ferris hat sich bereit erklärt, mit den Vertretern des bloc national am Freitag nach seiner Rückkehr aus Lyon zu konferieren.

#### Eine offiziöse Auslassung der Havas-Agentur

(Durch Funkspruch.)

Paris, 26. Mai. Havas kündigt in einer offiziellen Auslassung den Inhalt der Rede an, die Ministerpräsident Poincaré heute nachmittag im Generalkonvent des Wardepartements halten wird. Die Rede wird von außerordentlicher Bedeutung sein, erklärt die Agentur, denn sie sei zweifellos die letzte Rede, die der Ministerpräsident vor seinem Rücktritt halten werde. Er werde, wie man annehme, auseinandersetzen, welche Gründe ihn zu seinem Rücktritt bestimmt hätten. Er überlasse es den Vertretern der neuen Mehrheit der neuen Kammer, fünftägig die öffentlichen Angelegenheiten zu leiten. Das sei unter dem parlamentarischen Regime die Regel. Die Wahlergebnisse hätten nur auf Grund der bestehenden Wahlordnung erzielt werden können. Es erweise sich sehr zweifelhaft, ob das Zusammengehen der Sozialisten und der Sozialistenschradialen von Dauer sein werde, da es ja die Sozialistische Partei bereits ablehne, mit der Regierung ihrer Verbündeten zusammenzuarbeiten. Daher könne man in mehr oder minder naher Zukunft ein Kabinett erwarten, welches geeignet sei, eine Politik der republikanischen Konzentration durchzuführen. Wie dem auch sei, die Minister von morgen würden eine betrieblige Lage vorfinden. Im Innern sei das Budget im Gleichgewicht, nach Außen sei die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigenberichts in die Wege geleitet. Das Land schenke ihnen Vertrauen und erlaube, daß sie das nationale Werk ihrer Vorgänger fortsetzen würden. (W. T. B.)

#### Die zwiespältige Haltung der Departements.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 26. Mai. Eine ganze Anzahl sozialistischer Vereinigungen in der Provinz hat gestern örtliche Kongresse abgehalten. Es erklärten sich für die Beteiligung an der Regierung das Rhondepartement, das Departement Vaucluse, das Departement Tarn und das Departement Doubs du Rhone. Für die Unterstützung eines homogenen sozialistisch-radikalen Ministeriums waren das Departement Haut und das Departement Oberbein, während das Departement Var eine vom Abgeordneten Renaudel vorgeschlagene Tagesordnung gegen die Beteiligung annahm, wobei ausdrücklich bemerkt wurde, daß Renaudel beantragen werde, diese Resolution, die auch die Demission Millerands fordert, auf dem großen Kongress einbringen werde. (W. T. B.)

#### Die Veröffentlichung des Briefwechsels Macdonald-Poincaré.

(Durch Funkspruch.)

Paris, 26. Mai. Havas bestätigt die gestrige Meldung des „Antantagant“, daß Macdonald Poincaré gegenüber schriftlich den Wunsch geäußert habe, daß die für sich zwischen den beiden Premierministern ausgetauschte Korrespondenz veröffentlicht werde. Das Ersuchen sei von Poincaré zustimmend aufgenommen worden und die Veröffentlichung der Dokumente werde in Paris und London gleichzeitig erfolgen. (W. T. B.)

#### Eine französische Rechtfertigung für Tirpitz.

In einem Beitragartikel „Die Politik des Admirals Tirpitz“ schreibt der „Temps“ nach Veröffentlichung der Tatsache, daß Tirpitz am 12. März 1918 seine Entlassung nahm, weil er den Kaiser nicht zur Eröffnung des unbeschränkten U-Boottkrieges veranlassen konnte:

„Wenn Admiral von Tirpitz am Anfang des Jahres 1916, d. h. mit einem Zeitgewinn von einem Jahr, die Erklärung des unbeschränkten U-Boottkrieges hätte erreichen können, wäre dann der Verlauf des Krieges verändert worden? Das ist eine Frage, die man sehr zu Unrecht nicht ernsthaft diskutieren würde. In seinem bemerkenswerten Werk über die internationalisierte Kontrolle der Schifffahrt erkennt Sir Arthur Salter, der während des Krieges diesem Dienste angehörte, an, daß der Unterseeboottkrieg von 1917 fürchterliche Grausamkeiten hatte, nachdem er die Verluste vom Februar bis zum 1. Mai 1917 aufzählt hat. Sitat er sofortlich hinzu: Wenn das Verhältnis der Verluste in diesem Maße angeblauert hätte, so wäre ein Zusammenbruch aller militärischen Operationen der Alliierten die Folge gewesen und vielleicht hätte man sogar bedingungslos kapitulieren müssen.“

Wenn also Deutschland den Vorkurs eines Jahres wahrzunehmen hätte, damals, als die Abwehr gegen die U-Boote noch weniger vervollkommen war, damals, als die Vereinten Staaten vor einem Abbruch um die Bräutigamdeutschland standen, was wäre dann wohl geschehen. Wir können sicher sein, daß Admiral von Tirpitz sich das mit durch den Kopf gehen läßt.“

Eine glänzende Rechtfertigung für Tirpitz!

#### Die Folgen des Ruhrstreiks.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).

Wien, 26. Mai. Der Ruhrbergarbeiterstreik hat in einem neuen Eingreifen der Befahungsbehörde gipfelt. Den Stadtgemeinden des Ruhrgebietes wurde aufgetragen, die Versorgung der alliierten Kasernen und der Wohnungen der Beamten mit Gas und Elektrizität sicherzustellen, andernfalls der Betrieb der Werke in Verwaltung der alliierten Regie genommen werde. In Köln haben die Fabriken nur noch für wenige Tage Kohle, da alle Kohlen im Rheinischen beschlagnahmt sind. In Aachen zeigen die Spinnereien die Schließung ihrer Betriebe für heute Montag an.

#### Beim Plündern erschossen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Duisburg, 26. Mai. Bei Plünderungsversuchen in Weidrich wurden letzte Nacht zwei Kommunisten erschossen und vier andere verletzt.

#### 2 Millionen Tonnen Lieferungskohle rückständig.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Genf, 26. Mai. „Echo de Paris“ meldet aus Düsseldorf: Die Befahungsbehörde verfügt die Auflösung der kommunistischen Hundertschaften im Ruhrgebiet, die sich in Oberhausen und Ruhrort gebildet hatten. Durch den Ruhrstreik ist die Ruhrindustrie bisher mit 2 Millionen Tonnen Lieferungskohle rückständig geworden.

#### Die „Handelsvertretung“ ein Kommunistenhotel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Berlin, 26. Mai. Am Sonnabend sind durch die Berliner Polizei weitere drei Mitglieder der Sowjetisch-handelsvertretung, die familiär deutsche Reichsangehörige sind, festgenommen worden und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. In der Beurteilung der Beziehungen zwischen Sowjetrußland hat sich eine Wendung innerhalb der Reichsregierung angebahnt, nachdem die bisherigen polizeilichen Feststellungen und das Geständnis eines der Verhafteten einwandfrei ergeben haben, daß in der Sowjetisch-handelsvertretung seit über Jahresfrist alle polizeilich gesuchten Kommunisten ständig Wohnungen gehabt und hier die Geheimversammlungen der revolutionären Elemente während der Urstunden des letzten Jahres abgehalten wurden.

#### Das Danaidenschiff der Kriegslastenkommission.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Genf, 26. Mai. Der „Temps“ meldet, daß am Freitag eine weitere deutsche Kontingente von 22 Millionen Mark für die Befahungsstellen durch die Kriegslastenkommission übermiesen worden ist.

#### Rumänien in Beharabien marschbereit.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Zürich, 26. Mai. Laut einer Zürcher Meldung des „Corriere della Sera“ ist die Mobilisierung des rumänischen Heeres beendet. Fast das gesamte rumänische Heer ist in Beharabien konzentriert. Der Korrespondent meldet weiter, daß das rumänische Innenministerium die Behörden zur Bildung von Bürgerwehren aufgefordert habe zur Abwehr russischer Irregulärer.

#### Auch das friedfertige Holland rüstet.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Amsterdam, 26. Mai. Die niederländische Regierung hat sich gezwungen gesehen, die Flotte um acht Einheiten zu vermindern und 22 Luftschiffe abzugeben. Die Landesverteidigungswaffen in einem Nachtragset zu verlangen.

#### Japan studiert Europas Kriegstechnik.

(Durch Funkspruch).  
Warschau, 26. Mai. Aus Prag ist gestern hier eine japanische Militärmission eingetroffen, die augenblicklich Europa bereist, um die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Kriegstechnik kennen zu lernen. (W. T. B.)

## Vor der Demission des Reichskabinetts.

### Ober für erneute Reichstagswahlen.

Berlin, 26. Mai. Während man auf Seiten der Deutschen Volkspartei der Meinung war, das Kabinett müsse zurücktreten, auch wenn es zu keiner Einigung mit den Deutschen Nationalen kommen sollte, will das Zentrum erst dann Stellung nehmen, wenn die Fraktionen heute ihre Meinung ausgesprochen haben. Diermann wird angenommen, daß Reichskanzler Marx heute abend dem Reichspräsidenten die Gesamtmission des Kabinetts übergeben werde. Ober wird dann formell mit Deraf verhandelt und dann voraussichtlich wieder den bisherigen Reichskanzler Marx mit der Bildung des neuen Kabinetts betrauen. Der „Montagmorgen“ glaubt, daß in dem neuen Kabinett Marx der Innenminister Jarres nicht mehr vertreten sein wird. Der Reichspräsident selbst soll nach Mitteilungen aus seiner Umgebung dem Gedanken erneuter Reichstagswahlen, die dann im Zeichen der Sachverständigen-vorschläge erfolgen würden, geneigt sein.

### Die Vereinigung der Industriellen zum Dawesprogramm

Ubergabe des Gutachtens an die Reichsregierung.  
Berlin, 26. Mai. Die neugegründete Vereinigung der Industriellen hat gestern der Reichsregierung ein ausführlich ausgearbeitetes Gutachten gegen die Annahme der Experten-beschlüsse überreicht. Die Vereinigung beruft sich auf die Zugehörigkeit von zurzeit 600 führenden Industriellen des Reichs.

### Die Bayerische Volkspartei gegen eine Regierung ohne Deutschnationale.

München, 24. Mai. Die Bayerische Volkspartei läßt amtlich erklären, daß sie an den Berliner Besprechungen zur Bildung einer neuen Reichsregierung nicht teilgenommen habe und nicht teilnehmen werde, da es für die Bayerische Volkspartei eine Selbstverständlichkeit sei, daß nur die stärkste Partei des neuen Reichstages die Reichsregierung zu bilden habe. Das sei aber unbestritten die deutschnationale Reichstagsfraktion.

### Ein neuer Vorkopf der Sozialdemokratie.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
Berlin, 26. Mai. Gestern abend haben Vertreter der Sozialdemokratie Reichskanzler Marx erklärt, daß sie eine rechte bürgerliche Regierungskoalition mit stärksten parlamentarischen Mitteln bekämpfen würden. Mit der Bildung einer Regierung unter Führung der Deutschnationalen erblinden die Sozialdemokraten eine nicht tragbare Belastung der deutschen Außenpolitik. Infolge dieses Vorkopfes der Sozialdemokratie sieht man in Berliner parlamentarischen Kreisen die Lage wieder pessimistisch an und befürchtet, daß die latente Regierungskrise fort dauern werde wie beim alten Reichstag.

### Ein Onkel des Reichspräsidenten verstorben.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung).  
Berlin, 26. Mai. Wie aus Heidelberg berichtet wird, ist dort im Alter von 76 Jahren der Nischhulter Karl Friedrich Ober, ein Onkel des gegenwärtigen Reichspräsidenten, verstorben. Er näherte sich in ärmtlichen Verhältnissen und kümmerlich mit der Nischhulter. Die ärmtlichen und zahlungs-schwächten Leute waren seine Rundschaft.

### England informiert sich über die Stellungnahme des Reichstages.

Rotterdam, 26. Mai. Die „Morning Post“ meldet, der deutsche Botschafter war am Freitag früh bei Lord Haldane. Wie verlautet, war der Besuch von Macdonald erwünscht, der über die Stellungnahme des deutschen Parlaments zu dem von der deutschen Regierung angenommenen Expertenbericht informiert zu sein wünscht.

Die „Times“ melden, in den Besprechungen zwischen Sthamer und Haldane wurde auch die Frage der Räumungstriken der besetzten Gebiete erörtert; in dieser Frage scheint eine Annäherung zwischen dem deutschen und dem englischen Standpunkte sich vorzubereiten.